

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/200

Bonn, den 19. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2a	Proklamationen reichen nicht mehr aus	68

Zu dem neuen Buch von Dr. W.W. Schütz

"Modelle der Deutschlandpolitik - Wege zu einer neuen Außenpolitik"

1a	Milliardenlücken	26
----	------------------	----

Haushalt der Fiktionen

2	"Finanzielle Unterstützung vom AA"	31
---	------------------------------------	----

Außenminister Schröder in Aktion
Franco-Spanien durch Wunschorille gesehen

Von Dr. Hans Apel, MdB

3 - 4	Das kleine "Konzil" von Moskau	30
-------	--------------------------------	----

Wird sich der Weltkommunismus neu formieren?

* * *

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Nur Notunterkünfte für Spätaussiedler?
Auf Kosten der Sowjetzonenflüchtlinge
Das wahre Bild wird verfälscht
Vertriebene und Flüchtlinge kandidieren für die SPD
Wo bleibt das Ostdeutsche Haus?
Sudeten-Jahrbuch 1967

+ + +

Proklamationen reichen nicht mehr aus

Zu dem neuen Buch von Dr. W.W. Schütz

"Modelle der Deutschlandpolitik - Wege zu einer neuen Außenpolitik"

G.M. - Was muß einen Mann wie den geschäftsführenden Vorsitzenden des KURATORIUMS UNTEILBARES DEUTSCHLAND, Dr. W.W. Schütz, bewegen, wenn er jetzt öffentlich feststellt, die Deutschlandpolitik sei nicht vorangekommen, sondern habe im Gegenteil schwere Rückschläge erlitten? Schütz sagte noch mehr, als er vor der Presse in Bonn sein jetzt erschienenes Buch "Modelle der Deutschlandpolitik - Wege zu einer neuen Außenpolitik" erläuterte. Der Mann, der seit nunmehr 15 Jahren mit nie erlahmender Aktivität versucht, die Deutschlandpolitik in Bewegung zu halten und dabei trotzdem - entsprechend dem Auftrag des KURATORIUMS - zu allen politischen Parteien, zur Bundesregierung und zu den großen gesellschaftlichen Organisationen ein überparteiliches Verhalten als Selbstverständlichkeit betrachtet, ist aus seiner Reserve herausgetreten.

Seine "Modelle der Deutschlandpolitik" sind in ihren Grundzügen das Ergebnis mehrjähriger Diskussionen in den leitenden Körperschaften des KURATORIUMS; insofern enthalten sie nicht allzu viel neue Gedanken. Neu ist dagegen der Versuch von Schütz diese Gedanken weiterzuführen, ihnen konkrete Inhalte und Verhaltenshinweise für die deutsche Politik zu geben. Seine These lautet: Deutschlandpolitik kann nicht nur mit Hilfe von Detailfragen praktiziert werden; sie muß eine Gesamtstrategie haben, muß Wirtschaft-, Sicherheits- und Gesellschaftspolitik der ganzen deutschen Nation im Verhältnis zu ihrer Umwelt entwickeln.

Die naheliegende Frage, wer außerhalb des freien Teiles Deutschlands Partner oder Gegenspieler einer solchen politischen Gesamtstrategie sein könne, und die weitere Frage, ob vor allem Moskau und Pankow bereit wären, auf des Drängen nach einer neuen Deutschlandpolitik einzugehen, beantwortet Schütz mit dem Hinweis, daß Nichtstun heute gleichbedeutend mit Stagnation und Rückschritt in der Deutschlandfrage wäre.

Sicher wird es auch jetzt wieder Stimmen geben, die Schütz der "Parteilichkeit" bezichtigen. Er sollte sich dadurch nicht beirren lassen. In allen Parteien und in allen gesellschaftlichen Organisationen gibt es heute namhafte Persönlichkeiten, die genauso wie Schütz, heute zu der Feststellung bereit sind, daß Proklamationen des guten Willens nicht mehr ausreichen, um in der Deutschlandfrage voran zu kommen.

Unter diesen Umständen wirkt es antiquiert, wenn man an gleichen Tage, an dem Schütz seine "Modelle der Deutschlandpolitik" in Bonn erläuterte, in Berlin den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Rainer Barzel, sagen hört, die "Union" müsse klar machen, daß sie "ihre Politik in der deutschen Frage konsequent fortsetzen" werde.

Es gibt bekanntlich in der "Union" mehrere Arten von "Politik in der deutschen Frage". Umso eindringlicher muß daher gefragt werden, welche Politik Herr Barzel "konsequent fortsetzen" möchte. Die des Rückschritts und der Stagnation, die der Proklamation guter Vorsätze, die des Nichtstuns oder gar die der Verkettung neuer

Ideen? Früher behauptete die "Union" einmal, nur die Politik der Stärke werde es möglich machen, die Spaltung Deutschlands zu überwinden. Später hieß es, die Wahrung des Rechtsstandpunktes mit klarer juristischer Definition werde die frei Welt veranlassen, dem deutschen Volk zu helfen, seinen Anspruch auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Wieder etwas später, man müsse eine flexible Ostpolitik machen, um den Auflösungsprozeß im östlichen Machtbereich zu unterstützen. Einmal war die Sowjetunion der permanent böse Feind, der uns zu vernichten droht, ein anderes Mal die Großmacht, die an der Erhaltung des Friedens in Europa interessiert sei. Gelegentlich hieß es, Ulbricht habe abgewirtschaftet und man brauche nur zu warten, bis er in Moskau ganz in Ungnade falle, dann wieder, Moskau brauche Pankow, um die anderen Ostblockstaaten bei der Stange zu halten. Es gibt noch mehrere andere Varianten der Unionspolitik in der deutschen Frage. Sie alle "konsequent fortzusetzen", hieße, den Willen der deutschen Nation zur Überwindung der Spaltung endgültig zu zertreten.

Deswegen ist gerade jetzt der Vorstoß von Dr. Wolfgang Schütz zu begrüßen. Sein Buch "Modelle der Deutschlandpolitik" wird sicher helfen, neue Ansätze zur Überwindung der Stagnation in der Deutschlandpolitik zu finden.

+ + +

Milliardenlöcher

Haushalt der Fiktionen

SPD - Regierung und Koalitionsparteien hatten, um die Wählergunst zu erlangen, vor den letzten Bundestagswahlen Steuerermässigungen in Höhe von zwei Milliarden DM beschlossen, obwohl sie wussten, dass diese durch die sich schon damals abzeichnende Misere der Bundesfinanzen nicht gerechtfertigt waren. Diese Kurzsichtigkeit sollte sich bitter rächen. Heute fehlt das Geld für den Bundeshaushalt 1967 an allen Ecken und Enden. Der vorgelegte Entwurf der Bundesregierung beruht auf Fiktionen und er entspricht nicht dem Gebot des Grundgesetzes, dass jeder Bundeshaushalt ausgeglichen sein muss. Es fehlen 3-4 Milliarden. Ganz genau wissen es nicht einmal die Experten. Woher diese Milliarden nehmen? Die verwirrendsten Meldungen prasseln in diesen Tagen und Wochen auf den Bundesbürger.

Eine klare Linie in der Finanzpolitik der Bundesregierung ist nicht zu erkennen. Die Ressorts führen untereinander einen wilden Dackelkrieg, sie haben den Blick für den Zusammenhang verloren. Zudem stehen Bundesregierung und Koalitionsparteien unter dem Druck der bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Bis dahin möchten sie sich nicht festlegen. Sie fürchten das Votum des Wählers. Der Schwindel als Notbehelf taugt freilich nur eine kurze Zeit. Was dem Wähler im Jahr der Bundestagswahl 1965 geschenkt wurde, wird ihm nicht nur wieder weggenommen; die beabsichtigten Steuererhöhungen, direkt und indirekt, werden seinen Goldbeutel noch stärker belasten. Er hat zu büßen für die Unfähigkeit einer Regierung, die auch in der Haushaltspolitik am Ende ihres Lateins ist und die nicht mehr weiss, wie sie aus dem Sumpf herauskommen soll, in den sie durch eigene Schuld geraten ist.

+ + +

Außenminister Schröder in Aktion

Franco-Spanien durch Wunschbrille gesehen

Von Dr. Hans Apel, MdB

Dem Deutschen Rat der europäischen Bewegung liegt ein bemerkenswerter Bericht seines Generalsekretärs über "Spanien und Europa" vor. Hier wird auf die üblichen Klischees verzichtet. Handfeste Kritik trifft eine Reihe von politischen Gremien. Reaktionen konnten nicht ausbleiben. Insbesondere der folgende Satz hat getroffen:

- * "Besonders stark ist die Kritik an dem Verhalten der deutschen
- * Botschaft in Madrid, das schlichtweg als "Fraternisierung" ge-
- * kennzeichnet wird. Ein Beamter des Außenministeriums in Madrid
- * brüstet sich sogar mit der selbstgefälligen Feststellung, daß
- * sicher kein Bericht die deutsche Botschaft verlasse, der nicht
- * zuvor von spanischen Beamten begutachtet oder zumindest weit-
- * gehend beeinflußt worden sei. Unter diesen Umständen ist frei-
- * lich kaum zu erwarten, daß die Bundesregierung objektiv über
- * die spanischen innerpolitischen Verhältnisse orientiert wird
- * und demzufolge ihre Politik gegenüber Spanien durch eine
- * Wunschbrille sieht."

Es ist dann das gute Recht unseres Bundesaußenministers, sich gegen diese Formulierungen zu wenden, wenn die im Zitat wiedergegebene Feststellung eines spanischen Beamten nicht den Tatsachen entspricht. In seinem Protestschreiben aber eine Distanzierung von diesem Bericht durch den Deutschen Rat der europäischen Bewegung zu fordern mit dem Argument, man erhalte doch schließlich finanzielle Unterstützung vom AA, überschreitet bei weitem das Maß erträglicher Einmischung durch Dr. Schröder.

Herr Schröder sollte wissen, daß er keine eigenen oder CDU-Gelder verwaltet, sondern Steuergelder. Sie werden für staatsbürgerliche Aufgaben ausgegeben. Dieser Bereich beinhaltet auch die Möglichkeit, die Arbeit unserer Staatsorgane zu kritisieren mit der Absicht, ihre Wirkungsweise zu verbessern. Es ist deswegen unsere Aufgabe, diese "Maulkorb"-Politik des AA mit Nachdruck zurückzuweisen.

Das kleine "Konzil" von Moskau

Wird sich der Weltkommunismus neu formieren?

CS - In Moskau tagen unter Klausur die Parteivertreter der Ostblockstaaten, unter Ausschluß von Albanien. Der Präsident Kuba ist in den engeren Kreis jener Parteivertreter aufgenommen worden, die sich an der Regierungsmacht befinden. Nach langen Zögern und nachdem die Führer der KPdSU sich massiven Angriffen durch die KP-Führung Chinas ausgesetzt sahen, ist eine Lage entstanden, die zu einer Stellungnahme günstig erscheint.

Der Konflikt schwelt schon seit Jahren; er kann bis auf den XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 zurückverfolgt werden. Chruschtschow zerschlug damals stalinistische Praktiken und Theorien und nahm auch eine Revision der Leninschen These von der "Unvermeidbarkeit eines Krieges" vor. Obwohl Mao im engeren Sinne nie ein Parteigänger Stalins gewesen ist und der Herrscher im Kreni zunächst dem "Bauernrevolutionär" nicht die Bedeutung zugemessen hatte, die ihm später die Geschichte zusprach, gab es trotzdem eine Reihe Übereinstimmungen in Theorie und Praxis.

Der Streit schwelte zunächst hinter geschlossenen Türen, und auf jener berühmt gewordenen Konferenz der 8. Parteivertreter in Moskau im November 1960, gelang es nach vielen Einzelberatungen, den offenen Konflikt zunächst zu vertagen. Die chinesische Vertretung unterschrieb unter Vorbehalt die Deklaration und in der Folge sollten sich beide Parteien, die KPdSU und die KPOH, noch oft auf dieses Dokument bei der Auslegung ihrer Ansichten, berufen.

Aber schon auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, der genau ein Jahr später stattfand, war der Zwiespalt nicht mehr zu vertuschen. Die chinesische Delegation verließ demonstrativ den Parteitag. Auf nachfolgenden Parteitagen der Ostblockstaaten, wie auf den Parteitagen der italienischen und französischen Kommunisten, kam es zu Auseinandersetzungen mit den Chinesen.

Im Juni 1963 antwortete die chinesische KP mit jenen 25 Thesen, die eine Grundlage der gegensätzlichen Meinungen bildeten. Es folgten von beiden Seiten weitere Briefe und Kommentare, wobei der "Koexistenzpolitik", einen zentralen Problem der Differenzen große Bedeutung zugemessen wurde, das sich heute noch in der Vietnamfrage auswirkt.

Zunächst war der Ton aller Briefe, Artikel, Kommentare und Reden auf den trockenen Ton theoretischer Besserwisserci abgestellt. Wenn auch schon polemische Einlassungen zu nicht übersehen waren, hielt man sich im allgemeinen noch an das Ritual und setzte seinen "Brudergegner" nicht herab.

Die Kritik der Chinesen wurde aber bald härter und etzend.

ja beleidigend; die Sowjets schlugen zurück, wobei sie sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegten.

Der Konflikt wurde zunächst nur auf der Parteebene, auf ideologischen Gebiet ausgetragen, doch bald kam ein weiteres, verschärfendes Element hinzu. Der ideologische Streit war ja nur der Ausdruck verschiedener machtpolitischer und ökonomischer Unterschiede in zwei Ländern und er mußte sich folgerichtig auch auf die staatliche Ebene verlagern.

Mit Verbitterung mußten die Chinesen zur Kenntnis nehmen, daß die Sowjets bis zum Jahre 1963 alle Experten zurückriefen und die eingegangenen Verträge kündigten. Dadurch kam China in eine äußerst schwierige Lage, die Folgen dürften bis heute noch nicht voll überwunden sein. Demgegenüber machten die chinesischen Führer Grenzforderungen an die SU geltend. Im nord-westlichen Teil ihres Landes und im Amurgebiet kam es zu erheblichen Grenzschwierigkeiten mit den Sowjets.

Aus seinen ökonomischen Schwierigkeiten versuchte China durch den "Großen Sprung" auszubrechen. 1968 wurde die Formel: "Drei Jahre harte Arbeit - zehntausend Jahre Glück" ausgegeben, doch bald konnten die Sowjetführer mit einiger Genugtuung ihren Kritikern vorhalten daß der "Große Sprung" ein großer Reinflall geworden war. Die Industrie stagnierte und auch in der Landwirtschaft mußte umgedacht werden.

Innerhalb der KP-Chinas hat es heftige Auseinandersetzungen gegeben. Zwar konnte die überragende Autorität Maos sich immer wieder durchsetzen, doch gehen die Parteikämpfe bis in die jüngste Zeit, und sind auch heute noch nicht abgeschlossen.

Noch in diesen Tagen klagten die Sowjets, daß Mao mit der "Kulturrevolution" die Partei durch die Armee und die "Rote Garde" schikanieren. Moskaufindliche Parteigänger werden weiter entfernt.

In der Folge haben sich Chinas Parteiführer isoliert. Der letzte schwere Verlust trat ein, als die indonesische KP restlos zerschlagen wurde, als auch asiatische Parteien anfangen, immer weiter von Mao abzurücken, als in den übrigen kommunistischen Parteien in der Welt, der Einfluß Chinas rapide zurückging. In dieser Lage fühlen sich die Führer der KPdSU aufgefordert, die weitere Taktik, möglicherweise Strategie, gegen die "Bruderpartei" abzustecken.